Der

# Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteure sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 4gespaltene Petitzeile kostet 25 Pfg. — Arbeitergesuche (Inserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II. zu senden.

Nr. 40. Sonntag den 7. Oktober. 1900.

Expedition: G. Heinisch, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

**Zur gefl. Beachtung!** **Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 73 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt.**

**Die Redaktion.**

## Eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften.

In der Leipziger Volkszeitung veröffentlicht Genosse Calwer einen Artikel mit dem Hinweis auf die beginnende Arbeitslosigkeit der deutschen Arbeiterbevölkerung im kommenden Winter. Ueber den Grund und die Dauer der Arbeitslosigkeit lasse sich heute noch keine Vorstellung machen. Von Wichtigkeit sei es, beizeiten Maßregeln zu treffen, um den Verlauf der herannahenden Arbeitslosigkeit kontrollieren zu können. Es sei dies nicht nur vom wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte aus notwendig, sondern aus Gründen des nächstliegenden praktischen Interesses der Arbeiter selbst. Zum Beweise für diese Notwendigkeit erinnert er an die Erfahrungen anfangs der 90er Jahre und an die Notstandsdebatten. Bei dem damaligen Stand der Gewerkschaften wäre es ausgeschlossen gewesen, eine richtige Kontrolle auszuüben, heute aber, heißt es weiter, sei dies leichter, namentlich, nachdem viele Organisationen, und darunter sehr große, die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, zu diesem Zwecke also schon eine genaue Zählung der Arbeitslosenziffer für ihre Organisierten vornehmen müssen. Schon allein die Ziffern, die die Metallarbeiterorganisation zu sammeln und zu veröffentlichen in der Lage ist, wird ungemein wertvoll für die Beurteilung des Standes der Arbeitslosigkeit sein. Freilich, diese Ziffern müssen publizistisch verwertet, d. h. so schnell wie möglich, etwa jeden Monat oder auch alle Wochen festgestellt und umgehend veröffentlicht werden. Und zwar wird man sich nicht darauf beschränken dürfen, nur die Arbeitslosenziffer für die Gesamtorganisationen möglichst schnell zu veröffentlichen, für die einzelnen Distrikte und Orte ist schon die Arbeitslosenziffer der einzelnen Zahlstelle von symptomatischem Wert und es wäre daher gut, wenn die Arbeiterpresse an jedem Orte die Bewegung der Arbeitslosen durch derartige Ziffern verfolgen würde. Wenn nur die Gewerkschaften, die Arbeitslosenunterstützung schon eingeführt haben, sich dieser Berichterstattung anschließen, so würde schon allein damit jede Arbeiterzeitung in der Lage sein, über die jeweilige Zahl der Arbeitslosen am Orte wertvolle ziffernmäßige Belege zu geben. Aber wir gehen noch weiter und meinen, daß angesichts der ernsten Einwirkungen der Arbeitslosigkeit auf den gesamten Arbeitsmarkt auch die anderen Gewerkschaften, soweit sie also noch nicht durch die Arbeitslosenunterstützung zu einer statistischen Aufnahme der Arbeitslosen genötigt werden, gleichfalls sich verpflichtet fühlen sollten, periodische Arbeitslosenzählung innerhalb ihrer Organisation vorzunehmen und die Resultate so schnell wie möglich zu veröffentlichen. Dabei empfiehlt es sich, diese Zählungen zeitig vorzubereiten, möglichst einfach, aber um so einheitlicher zu gestalten. Wenn z. B. an einzelnen Orten das Gewerkschaftskartell oder das Arbeitersekretariat die Sache in die Hand nähme und mit Energie betreiben würde, so wäre wenigstens für den Ort selbst diese Einheitlichkeit sofort erreicht. Der Hauptzweck derartiger Zählungen wird aber nur erreicht, wenn die veröffentlichten Ziffern aktuell sind, d. h. wenn der Tag der Zählung und die Veröffentlichung des Resultats möglichst nahe bei einander liegen und nicht, wenn erst nach Wochen die Ziffern der Aufnahme gegeben werden.

Solange wir noch keine amtlichen Aufnahmen über die Arbeitslosen haben, müssen die gewerkschaftlichen Organisationen, soweit sie es irgend vermögen, die hier bestehende Lücke ausfüllen. Erhalten wir auch keine wissenschaftlich unanfechtbaren Resultate, so doch immerhin ein für den Augenblick und für praktische Zwecke nützliches Barometer, an dem wir den Stand der Arbeitslosigkeit ablesen können. Die Ziffern zeigen uns zunächst nur den Stand der Arbeitslosigkeit innerhalb der organisierten Arbeiterschaft. Aber da wir wissen, in welcher Stärke die Arbeiter eines Gewerbes am Orte in ihrer Organisation vertreten sind, so dürfen wir mit Fug einen Rückschluß auf die Arbeitslosigkeit im Gesamtgewerbe machen. Die englischen Arbeitslosenziffern, die allmonatlich in der Labor Gazette veröffentlicht werden, beziehen sich auch nur auf die organisierten Arbeiter, aber trotzdem mißt man auch dort an ihnen den jeweiligen Stand der Arbeitslosigkeit überhaupt. Gerade so können es die Organisationen in Deutschland machen.

Was soll nun diese Zählung für einen praktischen Wert haben? Die Vertreter der Arbeiter in den Gemeinden, in den Parlamenten werden dadurch in die Lage versetzt, bei ihren Anträgen zur Milderung und Eindämmung der Arbeitslosigkeit sich auf das Material stützen zu können, die Arbeiterorganisationen selbst werden bei ihren Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit hierdurch gleichfalls einen festeren Boden gewinnen, als dies bisher der Fall war. Mit dem billigen Einwande, daß es keinen Notstand gebe, werden wenigstens die ernsteren Gegner nicht kommen dürfen. Man wird zu den ziffernmäßigen Belegen über den Umfang der Arbeitslosigkeit Stellung nehmen müssen, man erhält Grundlagen für das kommunale und staatliche sowie auch gewerkschaftliche Eingreifen gegen die Arbeitslosigkeit und kann gegen diese auf der Gesamtarbeiterschaft so schwer lastende Erscheinung ganz anders als bisher auftreten. Nicht, daß man die Arbeitslosigkeit bannen könnte, aber man kann sie einerseits in ihrer Ausdehnung übersehen, damit auch die Ursachen der heutigen Arbeitslosigkeit, ihren Verlauf, die Mittel zu ihrer Beseitigung besser erkennen, als in früheren Perioden einer wirtschaftlichen Krise. Aus eigener Initiative thun die Regierungen und Kommunen in dieser Beziehung nichts oder nur wenig. Um so mehr ist es Aufgabe der Arbeiter selbst und ihrer Organisationen, durch eigenes, energisches Vorgehen auch auf diesem Gebiete der Sozialpolitik dem Staate und der Kommune die Bahnen zu weisen.

Wir richten deshalb nochmals, wie dies schon öfter geschehen, an unsere Kollegen das Ersuchen, sorgfältig Aufzeichnungen zu machen, um jederzeit bereit zu sein, zuverlässiges statistisches Material abgeben zu können. Auch die Verwaltungen werden gut thun, durch öfteren Hinweis auf die Zweckmäßigkeit dieser Arbeiten die Mitglieder von der Notwendigkeit derselben zu überzeugen.

## Brief aus Amerika.

**Newyork,** 7. September. Auf dem blutgetränkten Boden der Hartkohlen-(Anthracit-)Region Pennsylvaniens steht nach dreijähriger „Ruhe" wieder ein allgemeiner Ausstand der Kohlengräber bevor, wenn die von den Führern des Minenarbeiterverbandes verbreiteten Nachrichten nicht übertrieben sind. Seit dem letzten Streik, dessen Schlußepisode das „Massakre von Hazleton" bildete, waren die Organisationen sämtlicher Distrikte zerfallen und die späteren Anstrengungen, sowohl seitens der Verbandsagitatoren, als auch solcher der Socialist Trade and Labor Alliance zur Neuorganisierung scheiterten an dem Mißtrauen der Arbeiter, bei denen sich die Ueberzeugung festgesetzt hatte, daß sie damals „verraten und verkauft" worden seien. Es sind daran ca. 150 000 in jener Region, zum größten Teil Galizier (seiner Zeit von den ursprünglichen irisch-englisch-amerikanischen Kohlengräbern „Hunnen" genannt), von denen vor den großen Streiks ein Jahrzehnt früher an 30 000 importiert worden waren, sowie Polen, Litauer und Italiener; von Arbeitern englischer Zunge sind an den einzelnen Plätzen nur noch Reste vorhanden.

Es ist noch nicht so sehr lange her, daß seitens der Alliance-Führer am Hauptminenort des Gebiets, Scranton, das jetzt nahezu 300 000 Einwohner haben dürfte, wo sich eine starke Distrikt-Organisation der Alliance befindet, über die Schwierigkeit der Agitation unter den Kohlengräbern berichtet ward, die zum großen Teil unter pfäffischem Einfluß stehen. Es mußte daher sehr überraschen, als vor kurzem gemeldet wurde, daß es den Agitatoren des Minenarbeiterverbandes gelungen sei, wieder Boden zu fassen und neue Organisationen zu gründen, welche nach der Behauptung des Verbandspräsidenten Mitchell zusammen bereits 40 000 Mitglieder zählen. Diese Organisationen hatten kürzlich am zweitgrößten Minenort der Region, Wilkesbarre, eine Konvention, auf welcher über 250 Delegierte anwesend gewesen sein sollen, welche 155 Lokalunions vertreten. Die Verbandsbeamten hatten an die Unternehmer die Aufforderung gerichtet, eine Vertretung zur Konvention zu entsenden, um über die von den Arbeitern erhobenen Beschwerden zu verhandeln. Letztere richten sich gegen das Trucksystem (die Verpflichtung der Arbeiter, ihre Lebensmittel aus den von den Unternehmern, resp. deren Strohmännern geführten Läden zu nehmen *, den hohen Pulverpreis, der 2.75 Dollar per Faß beträgt, während er im offenen Markt nicht höher wie 1 Dollar ist, sowie gegen die niedrigen Löhne. Die Unternehmer ignorierten die Aufforderung; wie es hieß, wollen sie nur mit ihren „eigenen Leuten" verhandeln, nicht aber mit Vertretern des Verbandes. Es kam aber trotzdem auf der Konvention nicht zur Streikerklärung, sondern die Entscheidung ward bis zum 8. September verschoben. Ganz „harmonisch" muß es auf ersterer übrigens nicht hergegangen sein, denn es hieß in einem der Berichte: „Die heutige Sitzung war eine stürmische und gingen die Ansichten so weit auseinander, daß man schließlich Pater Phillips von der St. Gabriel-Kirche holen mußte, der in längerer Rede die Gemüter beruhigte!"

Auch ward bekannt, daß die sonst so verpönte „Politik" eine Rolle spielte, indem sich die Verbandsführer Dolan und Wallner, von denen ersterer ein notorischer demokratischer, letzterer ein republikanischer Schlepper ist, in die Haare gerieten. Und unzweifelhaft spielt die Politik eine große Rolle in der Sache, wenn auch nicht davon gesprochen wird. Es ist bekannt, daß bei dem letzten Streik die demokratischen Politiker die Situation ausnutzen, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sie ihre „Hand im Spiel" haben. Es ist hier daran zu erinnern, daß sämtliche Kohlenminenbesitzer Pennsylvaniens republikanischer Couleur sind und deren Lakaien die große Majorität in der Legislatur bilden. Der Umstand, daß Bundespräsident Mac Kinley an Stelle des aus der „Industriel-Kommission" getretenen früheren Präsidenten des Minenarbeiterverbandes Ratchford, der anderswie ein dauerhaftes Pöstchen an der öffentlichen Krippe gefunden, nicht wieder einen Verbandsführer ernannt hat, sondern einen früheren Führer der „Knights of Labor", Litchman mit Namen, der auf der Generalversammlung des Ordens 1881 wegen krummer Transaktionen ausgeschlossen worden war, hat auf gewisse der Verbandsführer sehr wahrscheinlich einen „schlechten Eindruck" gemacht und sie der demokratischen Partei „genähert". Das Resultat wird sich offen ersichtlich erst während der Wahlcampagne zeigen; aber es liegt auf der Hand, daß ein Generalstreik im Hartkohlenrevier, resp. die Agitation für einen solchen, an sich schon zum Vorteil der demokratischen Partei ist, so lange als die Arbeitermassen nicht für ihre eigene, die Sozialistische Arbeiterpartei eintreten!

Im Streik und Lockout in der hiesigen Cigarrenindustrie stehen die Dinge wieder ebenso, wie vor den Verhandlungen mit den Fabrikanten, indem letztere dieselben abgebrochen und die gemachten — aber als ungenügend erachteten — Offerten zurückgezogen haben. Mit zwei der kleineren Lockout-Firmen ist indessen ein Uebereinkommen getroffen worden; dieselben haben ihre „Scabs" entlassen und die alten Arbeiter wieder eingestellt.

Der „Labor Day" ist diesmal, da wir uns ja in einem „Präsidentenwahljahr" befinden, von den Pure- und Simple-Gewerkschaftsführern in ganz besonderer Weise dazu benutzt worden, um sich bei den Politikern demokratischer oder republikanischer Couleur, je nach den Ortsumständen, in gutes Licht zu setzen, indem sie das angeblich von ihnen „kontrollierte" Stimmvieh vorführten. In Chikago hatten sich die Schlepper beider Parteien in brüderlicher Eintracht vereinigt und sowohl den Präsidentschaftskandidaten der demokratischen Partei, Bryan, als auch den Vicepräsidentenkandidaten der republikanischen Partei, Roosevelt, eingeladen, um die „Parade abzunehmen" und Ansprachen zu halten.

## Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes zu Mainz.

Sitzung vom 26. September.

Fortsetzung der Beratung über die Arbeitslosenunterstützung.

Thieme-Hamburg freut sich über die Zunahme der Befürworter der Arbeitslosenunterstützung. Das statistische Material ist sorgfältig gesammelt und bearbeitet. Die Schlußnote des Vorstandes im Bericht bezweifelt dieses Material. Ich bin dafür, daß wir Arbeitslosen einfach Tagegelder geben und zwar so, daß wir den Verein nicht zu sehr belasten. Wollen wir keine Lohndrücker haben, müssen wir Arbeitslosenunterstützung einführen. Ich glaube, daß wir 5 Pfg. Beitragserhöhung nicht brauchen, wenn wir 6 Mk. wenigstens pro Woche nach meinem System zahlen. Den Beweis dafür haben die Freunde der Arbeitslosenunterstützung erbracht. (Widerspruch.)

Rommelmann-Bremen: Trotzdem wir in Bremen mit der Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben, bin ich doch gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, wie ich auch gegen die Erhöhung der Beiträge stimmen werde.

Niendorf-Ottensen: Entweder müssen wir bei der jetzigen Lage des Vereins denselben reorganisieren oder Mittel und Wege ausfindig machen, die ihm neue Mitglieder zuführen. Die Lohnkämpfe haben uns zu wenig Vorteile gebracht. In anderen Berufen errang man mehr. Das liegt an der Art unserer Industrie, die nicht an den Ort gebunden ist. Deshalb ist auch schwierig zu agitieren. Mit einer neuen Unterstützungsform wird die Agitation erleichtert. Redner vergleicht die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung anderer Gewerkschaften und meint, der Kassenbestand sei infolge dieser Institution ein sicherer.

Lingner-Dessau: Ich bin nicht der Meinung, daß, wenn die Beiträge erhöht werden, wir Mitglieder verlieren; nur wird es besser sein, wenn wir sagen können, wir geben dafür [illegible] Mitgliedern etwas mehr.

Fingado-Hastedt: Die Arbeitslosenunterstützung ist ein Experiment, das für den Verein gefährlich werden kann. Die Kollegen in meinem Kreise sind einer Erhöhung der Beiträge, wenn dies nötig, nicht abgeneigt. Ein Obligatorium der Zuschußkasse könnte auch die Mitglieder an den Verein fesseln. Angesichts des wirtschaftlichen Niederganges bin ich jetzt gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, obwohl ich sonst ein Freund derselben bin.

Aus den noch folgenden zahlreichen Reden geht meistens nur eine Wiederholung des bereits Gesagten hervor.

Der Verbandssekretär, Genosse Faure, versteht nicht, wie man dem Vorstand einen Vorwurf daraus machen kann, daß er die Arbeitslosenunterstützung nicht empfehle. Ich habe in Offenbach für Aufnahme der Arbeitslosenstatistik gestimmt, aber nicht mit dem Bewußtsein, daß sie nun schon als eine maßgebliche Grundlage für diese Institution betrachtet werden könne. Sie umfaßt nur einen kurzen Zeitraum, der obendrein günstige wirtschaftliche Verhältnisse aufwies. Die ungünstigen Verhältnisse, die jetzt kommen, wollen auch berücksichtigt sein.

Wer liefert denn den Beweis, daß andere Organisationen

günstig stehen wegen der Institution der Arbeitslosenunterstützung? Ich kenne eine große Organisation, die trotz der Arbeitslosenunterstützung finanziell ebenso ungünstig dasteht, wie gegenwärtig unser Verband. (Zuruf: Welche?) Ich werde das denen privatim sagen, die es wissen wollen. Die Stabilität der Mitgliedschaft wird durch die Arbeitslosenunterstützung nicht erreicht. Warum giebt es denn Zahlstellen, die keine Fluktuation haben unter den Mitgliedern? Es wird dort gut gearbeitet, ohne daß sie die Arbeitslosenunterstützung als Agitationsmittel haben.

Ich bin nicht bange, daß wegen einer kleinen Erhöhung der Beiträge der Verein einen großen Mitgliederverlust haben werde. Wer heute sich schon wegen eines Extrabeitrags drückt, der drückt sich auch, wenn man ihm die Arbeitslosenunterstützung anpreist. Sind denn die anderen Unterstützungsformen so wenig wert, daß sie verschwinden gegenüber der Arbeitslosenunterstützung? Wenn ich abzustimmen hätte, würde ich gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung stimmen. Wem die Thätigkeit des Vorstandes, speciell die meinige, nicht genügt, der muß einen anderen, befähigteren wählen, ich habe nichts dagegen.

Schluß der Vormittagssitzung.

In der **Nachmittagssitzung** ergreifen noch die beiden Referenten das Wort.

**Wildemann**-Stuttgart wendet sich vorwiegend gegen diejenigen, die in unserer Arbeitslosenstatistik keine Grundlage für die Arbeitslosenunterstützung betrachten. Nach der statistischen Unterlage sei gar keine Beitragserhöhung von 5 Pfg. pro Woche nötig, sondern nur zirka 1½ Pfg. Aber bei der finanziellen Lage des Verbands wird eine Beitragserhöhung von 5 Pfg. die Mittel des Vereins stärken. Wenn eine Urabstimmung vorgenommen werden soll, dann darf sie jedoch nicht etwa in vier Wochen stattfinden, frühestens nächsten Sommer oder vor der nächsten Generalversammlung, wenn heute Ablehnung beschlossen werden sollte. Dann müßte auch für die nötige Aufklärung der Mitglieder in allen Zahlstellen gesorgt werden.

**Deichmann**-Bremen bestreitet, daß die Arbeitslosenstatistik eine gute Grundlage für die Arbeitslosenunterstützung sei. Wildemann habe betont, unsere Statistik stimme zum Teil überein mit der regierungsseitigen Statistik von 1895. Aber die Regierungsstatistik ist mit Hilfe der Landräte und der Unternehmer gemacht. Im Reichstage sei sie von sozialdemokratischer Seite als parteiisch bezeichnet worden. Unternehmer würden immer die heutigen Wirtschaftsverhältnisse so günstig als möglich für die Arbeiter erscheinen lassen. Weil unsere Statistik lückenhaft ist, stimmt sie mit der als parteiisch bezeichneten Enquete der Regierung zum Teil überein. Die schlechte Geschäftszeit kommt bei unserer Enquete nicht in Betracht, das ist ein weiterer Mangel. Und doch ist die Krise da. Der Betrieb unserer Industrie ist ein ganz anderer, als in anderen Industrien. Er teilt die Arbeiter, sie stehen einander zu fern im Erwerb wie in der Gesinnung. Je schlechter die Arbeiter stehen, um so schwerer sind sie zu organisieren. Die Arbeitslosenunterstützung erleichtert meiner Ansicht nach diese Aufgabe nicht. Aus der Debatte ist mir erst recht klar geworden, daß wir die Arbeitslosenunterstützung nicht einführen können. Lehnen wir sie ab!

In **namentlicher** Abstimmung wird die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit **47** gegen **17** Stimmen abgelehnt.

Darauf wird über die Anträge diskutiert, die die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zum Gegenstand einer Urabstimmung machen wollen

Zunächst werden die Amendements, daß im Falle einer Urabstimmung diese drei Monate vor der nächsten Generalversammlung vorgenommen werden und daß bei der Urabstimmung zwei Drittel der abgegebenen Stimmen über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung entscheiden soll, mit Mehrheit angenommen.

Mit diesen Amendements wird der Prinzipalantrag, ob überhaupt eine Urabstimmung stattfinden soll, mit 46 gegen 17 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, abgelehnt.

Ein Antrag, die Arbeitslosenstatistik im Verband fortzuführen, wird nach kurzer Debatte mit großer Mehrheit angenommen. Die bisherige Kommission wird wieder damit betraut. Ferner beschließt die Generalversammlung, die Kommission für Arbeitslosenstatistik hat künftig die säumigen Bevollmächtigten, die den Anweisungen der Kommission nicht nachkommen, im Tabak-Arbeiter namhaft zu machen. Zum Vorsitzenden der Kommission wird wieder Genosse **Wildemann**-Stuttgart gewählt.

Schluß der Sitzung.

### Sitzung vom 27. September.

Die Beratung wird zunächst auf die Frage gerichtet, ob die Beiträge zum Verband erhöht werden sollen, da die finanzielle Lage des Verbandes und eine Anzahl Anträge, die eine Erhöhung der Unterstützungen wünschen, dies erheischen. Nachdem eine Anzahl Redner meistens gegen die Erhöhung der Beiträge gesprochen, giebt der Verbandssekretär Faure die Erklärung ab, er glaube nicht, daß bei einer Erhöhung der Beiträge um 5 Pfg. pro Woche viele Mitglieder vom Verband sich abwenden werden, aber es sei auch mit dem bisherigen Beitrag auszukommen, wenn die Umzugsgelder einer Aenderung unterworfen werden.

In namentlicher Abstimmung wird nach längerer Debatte der Antrag aus Cannstatt 2c., den Beitrag wöchentlich um 5 Pfg. zu erhöhen, mit 55 gegen 8 Stimmen abgelehnt, ein Delegierter enthielt sich der Abstimmung.

Darauf gelangen die Anträge, welche eine andere Regelung der Streikunterstützung wünschen, zur Beratung. In der Diskussion wird besonders hervorgehoben, daß, wer in den Streik tritt, mit der Thatsache rechnen müsse, er habe große Opfer zu bringen, denn die meisten Streiks haben längere Arbeitslosigkeit im Gefolge. Die Absicht, gleiche Unterstützung für die Streikenden an allen Orten zu gewähren, wird mit dem Einwurf bekämpft, daß Lohn- und Lebensverhältnisse in vielen Orten verschieden seien und demgemäß die Streikunterstützung abgemessen werden müsse. In der Abstimmung werden alle Anträge auf Aenderung der Streikunterstützung abgelehnt und der Antrag aus Hannover, die Streikunterstützung in der bisherigen Form beizubehalten, gegen 3 Stimmen angenommen.

Der Antrag Coburg, nach dem nur in solchen Orten Streiks zur Vereinssache gemacht werden sollen, wo mindestens die Hälfte der dort befindlichen Tabakarbeiter organisiert sind, wird gegen einige Stimmen abgelehnt, dagegen wird der Antrag aus Striegau, der da lautet: „Wollen die Arbeiter einer Fabrik in einen Kampf zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintreten, so ist nur dann die Angelegenheit zur Vereinssache zu machen, wenn mindestens zwei Drittel vollberechtigte Mitglieder sind", mit großer Majorität angenommen.

### Nachmittagssitzung.

Die Beratung setzt ein über den Arbeitsnachweis des Verbandes. Ein Antrag aus Jauer will, daß der Arbeitsnachweis abgeschafft wird; Anträge aus Dessau und Hamburg wollen ihn in allen Zahlstellen eingeführt wissen. Beschlossen wird, den Arbeitsnachweis in der bisherigen Weise bestehen zu lassen. Die Anträge, die das Umschauen der Kollegen nach Arbeit, sowie die Aufnahme darauf zielender Inserate im Tabak-Arbeiter verbieten wollen, werden abgelehnt.

Die Debatte über das Verbandsorgan, den Tabak-Arbeiter, nimmt infolge der Anregung der Frage der Neutralisierung einen ziemlichen Umfang an.

**Repp**-Friedberg wünscht, daß im Tabak-Arbeiter die Artikel rein politischen Inhalts verschwinden; seine Erfahrung habe ihn gelehrt, daß bei der Agitation ihm vielfach die politische Schattierung des Organs entgegengehalten wurde. Wenn wir erstarken wollen, dann müssen wir politisch neutral sein.

**Geyer** und andere wenden sich mit Entschiedenheit gegen Repps Anschauungen. Wenn wir uns auf das Gebiet der Neutralität begeben, dann können wir nur liquidieren, dann machen wir eine Schwenkung nach rechts; Bebel habe zwar einer Kartellierung der sich gegenüberstehenden Gewerkschaften das Wort geredet, aber man sehe sich doch einmal die sich bekämpfenden Gewerkschaften an, wie sie versuchen, sich gegenseitig zu Grunde zu richten. objektiv müsse man auf alle Fälle sein, aber damit noch nicht auf gewerkschaftlichem Gebiete politisch neutral.

**Klein**-Köln spricht über das Verhältnis der freien und christlichen Organisationen am Niederrhein, er wünscht die entschiedenste Bekämpfung der Christlichen, während **Sidow** die Neutralitätsfrage für eine müßige hält.

**Niendorf** hält die Neutralität für selbstverständlich, weil alle Arbeiter das gemeinsame Ziel haben, den möglichst größten Anteil aus der Produktion zu erringen. Es ist zu verstehen, wenn gegen die christlichen Gewerkschaften besonders vorgegangen werden soll, denn diese und andere Richtungen sind nicht neutral, sondern haben auch politische Hintergedanken.

**Meister** hält die Neutralität für ein Unding, nie werde eine Verbindung der verschiedenen Richtungen eintreten; zwar ist das schon vorgekommen, aber nur gelegentlich, und dann lokal. Er freue sich, daß die Frage hier zur Sprache gekommen ist, aber sie bedeute für ihn einen Rückschritt in der ganzen Bewegung.

**Repp**: Die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation ist die Bestrebung für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, und da können die Arbeiter aller politischen und religiösen Anschauungen einer Meinung sein. Wie die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion, so müssen wir unsere Stellung zu den Parteien präcisieren; die Kartellierung weise ich zurück, vielmehr stehe ich auf dem Standpunkt, daß sich die Arbeiter von dem Gesichtspunkte der Neutralität aus in großen Verbänden organisieren können und müssen.

**Geyer** erwidert, daß sich die Neutralitätsanhänger insofern im Irrtum befinden, weil sie von falschen Voraussetzungen ausgehen. Wenn wir alle so weit haben, daß sie unsere jetzigen gewerkschaftlichen Ziele anerkennen und sie mit uns dafür kämpfen, dann haben wir überhaupt gewonnen; dann aber drängt sich doch allen Arbeitern das Weiterstreben auf, und dann müssen wir doch mit unseren Parteigrundsätzen kommen.

Nach Schluß der Debatte wird der Antrag angenommen, die Briefe aus Amerika nicht mehr im Tabak-Arbeiter aufzunehmen. Weiter gelangt ohne Gegenstimme ein Antrag zur Annahme, der da lautet:

> Die Generalversammlung erklärt sich mit der bisherigen Haltung des Tabak-Arbeiters vollständig einverstanden.

Die Delegierten **Repp** und **Niendorf** erklärten nach der Abstimmung, sie hätten für den Antrag nicht gestimmt, weil sie in der Neutralisierungsfrage einen anderen Standpunkt einnähmen, mit der allgemeinen Haltung des Blattes seien auch sie einverstanden.

### Sitzung vom 28. September.

Die Anträge von Nr. 24 bis 51 wollen Abänderung der Reiseunterstützung eintreten lassen. Drei davon (Rehna, Braunschweig, Hoffenheim) setzen an Stelle der Reisegelder nach Kilometerzahl Tagegelder. Diese Anträge werden abgelehnt. Ein Antrag, der eine bestimmte Summe als Jahresbetrag feststellt, über die hinaus Reiseunterstützung nicht ausbezahlt wird, wird angenommen. Der Höchstbetrag wird auf 40 Mark festgestellt bei über zweijähriger Mitgliedschaft. Für Mitglieder, die von 26 Wochen bis zwei Jahre Mitglieder sind, wird der Höchstbetrag auf 25 Mark festgesetzt. Der Höchstbetrag von 40 Mark wird jedoch nach längerer Mitgliedschaft staffelweise erreicht. Bei dreijähriger Mitgliedschaft kommen 30 Mark, bei vierjähriger 35 Mark, bei fünfjähriger Mitgliedschaft 40 Mark zur Auszahlung.

Die Anträge, welche eine Erhöhung der Reiseunterstützung pro Kilometer wünschen, werden abgelehnt, es verbleibt bei dem Satze von 2 Pfennige pro Kilometer.

Auch die Anträge werden abgelehnt, die die Kilometerzahl für die tägliche Auszahlung erhöhen wollen.

Dagegen wird folgender Antrag aus Erfurt angenommen:

> Die auf Verschreibung reisenden Mitglieder können nur dann die volle Tour ausbezahlt erhalten, wenn sie von der Ortsverwaltung des Ortes, wo sie in Arbeit treten wollen, die Bestätigung haben, daß die fragliche Arbeit annehmbar ist. (Siehe § 9 Absatz 6.)

Ein Antrag aus Wolgast, den Kautabakspinnern stets die volle Tour auszuzahlen, wird abgelehnt.

Bezüglich der Sterbegelder, die der Verband seinen Mitgliedern beim Ableben der Ehehälfte zahlt, liegen Anträge vor, die die Sterbegelder erhöhen wollen, andere Anträge wollen die Auszahlung der Sterbegelder an bestimmte Bedingungen knüpfen; ein Antrag will die Sterbegelder abgeschafft wissen. Hervorzuheben ist aus der Debatte der Wunsch, daß auch in besonderen Fällen diese Unterstützung denjenigen Mitgliedern zu teil werden soll, die ohne standesamtliche oder kirchliche Beurkundung ein familiäres Zusammenleben führen. Dieser Wunsch findet in folgender Resolution Ausdruck, die von der Generalversammlung mit Majorität angenommen wird:

> Die Generalversammlung beschließt, daß die Sterbegeld-Unterstützung in besonderen Fällen auch denjenigen Mitgliedern zu teil wird, die ohne standesamtliche oder kirchliche Beurkundung ein familiäres Zusammenleben führen.

Gemäß dieser Resolution wird in das Statut ein Passus aufgenommen, der da lautet:

> In besonderen Fällen entscheidet der Vorstand mit dem Ausschuß.

Die Umzugsgelder-Unterstützung, die in der Offenbacher Generalversammlung 1898 erst eingeführt wurde, führt zu einer eingehenden Beratung, in der die gemachten Erfahrungen den Wunsch nach einer Abänderung nahe legen. Eine Kommission zur Präcisierung der zu machenden Vorschläge wird niedergesetzt.

Schluß der Sitzung.

Nachmittags wird zunächst in die Beratung der Anträge zur Zuschußkasse eingetreten, da die Vormittags gewählte Kommission ihre Thätigkeit noch nicht beendigt hat.

**Wildemann**-Stuttgart wendet sich dagegen, die Zuschußkasse obligatorisch zu machen. Das komme einer Beitragserhöhung gleich, die doch schon abgelehnt sei. Der Versicherungszwang sei gesetzlich und als Nebenversicherung habe die Zuschußkasse nicht den geringsten agitatorischen Wert, den man ihr früher beigemessen hat. Am liebsten wäre es ihm, die Zuschußkasse bestände gar nicht; hoffentlich löse sie sich bald von selbst auf.

Eine andere Ansicht geht dahin, dem Vorstand die nötigsten Maßnahmen anheimzustellen und die Novelle zum Krankenkassengesetz abzuwarten.

Andere meinen, die Zuschußkasse wirke günstig für die Stabilität der Mitgliedschaft. Auf die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz dürfe man nicht warten, wenn etwas zu verbessern sei.

Vom Vorstandstisch wird dafür plädiert, in der Voraussicht, daß eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz komme, den Vorstand zu ermächtigen, gelegentlich die Maßnahmen zu treffen, die zur Erhaltung der Kasse nötig seien. Im übrigen es bei den bisherigen Beiträgen zu lassen, die Kasse nicht aufzulösen, sie aber auch nicht obligatorisch zu machen.

In der Abstimmung fallen alle Anträge durch Annahme des von Sprottau, Trier, Seifhennersdorf, Frankfurt a. M., Merseburg gestellten Antrags:

> Die Zuschußkasse ist in der jetzigen Form zu belassen.

Ferner wird folgender Antrag gegen 6 Stimmen angenommen:

> Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand des Verbandes, sobald der Reichstag einer Vorlage, in der den freien Hilfskassen der Garaus gemacht wird, zustimmt, sofort eine Urabstimmung darüber herbeizuführen: Soll die Zuschußkasse obligatorisch eingeführt werden?

Ein Antrag aus Kiel, des Inhalts:

> Fabrikanten als Arbeitgeber und Werkführer können in Zukunft nicht mehr Mitglieder sein; sind sie vorher Mitglied, dann ruht die Mitgliedschaft so lange, bis dieselben aus ihrer Stellung austreten, und können dann mit allen Rechten wieder eintreten, wenn die Beiträge bis zur Stunde des Austritts bezahlt sind

wird durch Uebergang zur Tagesordnung für erledigt erklärt.

Hinsichtlich des § 3 Abs. II werden die dazu vorliegenden Anträge abgelehnt.

Sodann erstattet die Kommission für Umzugsgelder Bericht und stellt folgenden Antrag, der gegen 1 Stimme angenommen wird:

> Mitglieder, welche dem Verband ununterbrochen drei Jahre angehören und einen Haushalt führen, können auf Antrag vom Vorstand Umzugsgelder erhalten, wenn durch Verlegen oder Eingehen einer Fabrik oder durch Reduzierung der Arbeitskräfte irgend eines Betriebes dieselben arbeitslos werden, am Orte in der Tabakbranche keine annehmbare Arbeit finden können und Grund dessen gezwungen sind, den Wohnort zu wechseln. Die durch den Umzug entstehenden Kosten werden vollständig gedeckt. Fahrgeld ist jedoch nur für schulpflichtige Kinder zu zahlen. Auch erhält ein Mitglied diese Unterstützung, wenn ein Teil des Haushaltungsvorstandes kein Mitglied ist.
>
> Wird anderweitig zu diesen Kosten beigetragen, so zahlt der Verband die Hälfte der Kosten, wenn die von dritter Seite gewährte Leistung die Hälfte des zu deckenden Betrages übersteigt; übersteigt dies jedoch nicht die Hälfte, so wird der fehlende Betrag gewährt.
>
> Die Bevollmächtigten derjenigen Zahlstelle, in welcher sich das Mitglied befindet, welches Anspruch auf Umzugsgeld erhebt, haben festzustellen, ob obiges in Frage kommt.
>
> Der Umzug hat möglichst nach einer vom Vorstand nachgewiesenen Arbeitsstätte stattzufinden.
>
> Der Verband trägt nur dann die Kosten, wenn die Entfernung von der Ortsgrenze an gerechnet mindestens 12 Kilometer beträgt.
>
> Die Gewährung von Umzugsgeld an Streikende und Gemaßregelte bleibt in der bisherigen Weise bestehen.

Ein Antrag, der den Ausschluß derjenigen Mitglieder aus dem Verband will, welche nicht den Extrabeitrag zahlen, der zu lokalen Einrichtungen (Arbeitersekretariat 2c.) nötig ist; dem Vorstand aber die Entscheidung hierüber vorbehält, wird mit Majorität angenommen.

Folgender Antrag:

> § 9, Absatz 1 soll folgende Fassung erhalten: Jedes Mitglied des Vereins ist in allen Versammlungen stimmberechtigt und wählbar. Der Vorstand kann jedem arbeitsuchenden Mitglied eine Reiseunterstützung gewähren. Jedes abreisende Mitglied hat sich bei dem Bevollmächtigten der Zahlstelle abzumelden, und die Beiträge bis zu dem Tage zu entrichten, wo die Abreise erfolgt. Abreisende Mitglieder, die sich nicht abmelden, haben 1 Mk. Strafe zu zahlen

wird angenommen.

Braunschweig beantragt, im § 11 Abs. 2 hinter die Worte „eine geeignete Person" einzuschalten: „in geeigneter Nähe" wird angenommen.

Die Anträge, die einen bestimmten Prozentsatz der Verbandsbeiträge an den Zahlstellen zu örtlichen (Agitations-) Ausgaben zurückbehalten wollen, werden abgelehnt durch den Beschluß, es bei der bisherigen Bestimmung zu lassen.

Durch Uebergang zur Tagesordnung werden die zu § 18 Abs. IV gestellten Anträge erledigt.

Sodann wird mit allen gegen 14 Stimmen beschlossen, die Generalversammlung alle zwei Jahre stattfinden zu lassen.

Zu § 19 Abs. II wird beschlossen, diesen Absatz, wie bisher, bestehen zu lassen.

Eine lebhafte Diskussion entspinnt sich über den Wert der Vorortskommissionen, die die Träger der lokalen resp. Bezirksagitation sind. Dazu liegen Anträge vor, die Aufhebung der Vorortskommissionen wünschen; andere wollen eine Einschränkung der Thätigkeit derselben; andere wollen eine andere Gestaltung der Kommissionen. Die Uebelstände werden einer scharfen Kritik unterworfen und eine gegen die Agitation des Kollegen **Normann** sich richtende Beschwerde aus Liebschwitz bei Gera wird nach einer Begründung der Beschwerde durch **Aurich**-Gera und nach einer Entgegnung Normanns der Beschwerdekommission überwiesen.

Schluß der Sitzung.

### Sitzung vom 29. September.

Die Beschwerdekommission berichtet über den Fall **Normann** und **Poppe**. Die Beschuldigungen greifen bis auf mehrere Jahre zurück. Sollte die Angelegenheit gründlich untersucht werden, dann müsse die Kommission Erkundigungen an verschiedenen Orten einholen. Dazu ist zu wenig Zeit. Deshalb empfiehlt die Kommission, die Angelegenheit dem neu zu wählenden Vorstand zur Untersuchung resp. Regelung zu überweisen. Dieser Antrag der Kommission wird angenommen.

Darauf wird die Debatte über die Vorortskommissionen fortgesetzt. Ein Antrag, nach welchem der Vorstand ein Reglativ für die Thätigkeit der Vorortskommissionen auszuarbeiten hat, wird angenommen, alle anderen Anträge werden abgelehnt.

Angenommen werden die Anträge:

1. Das Statut weiterhin nicht mehr in die Mitgliedsbücher binden (heften) zu lassen, da dasselbe doch oft als veraltet und als unbrauchbar darin betrachtet werden muß. Es würden somit jedem Mitgliede die Statuten gesondert zu liefern sein.
2. Die an Unterstützung vollgewordenen Bücher nicht mehr den auf der Reise befindlichen Mitgliedern durch neue zu ersetzen, sondern in die alten bestehenden Bücher Zusatzseiten einzukleben, so z. B. Seite 34a, 34b 2c.

**Potsdam**: Die Aufnahmescheine sind abzuschaffen. Dieselben haben nur den Zweck, den betreffenden Bevollmächtigten die Arbeit nur noch schwerer zu gestalten.

**Schwednitz**: Die Zuschußkarten abzuschaffen und an deren Stelle in jedes Buch fünf Blätter einheften zu lassen, worauf Zuschußkartenmarken geklebt werden. Es würde eine bedeutend bessere Kontrolle sein.

Ein Stück statistischer Arbeit wird mit der Annahme des Antrags geschaffen:

> Alljährlich ist ein Mitgliederverzeichnis der Zahlstellen nach Ort und Nummer und mit Angabe der am Orte befindlichen Arbeiter im Tabak-Arbeiter zu veröffentlichen.

Dem Vorstand wird ein Antrag zur Berücksichtigung überwiesen, nach dem die Generalversammlung künftig in Thüringen, Sachsen, Westfalen oder Schlesien stattzufinden habe.

Abgelehnt wird der Antrag Soest: In Distrikten mit großer Tabakindustrie, wie z. B. der Bezirk Minden, Baden, Württemberg 2c., sind besoldete Vertrauensmänner anzustellen, die die Agitation 2c. für den Verband zu führen haben.

Durch Uebergang zur Tagesordnung ist der Antrag **Strehla** a. d. Elbe erledigt, die Rohtabakinserate fernerhin monatlich bloß einmal zu veröffentlichen.

Die Agitation für den Verband soll nach einem Antrag aus Cannstatt in Zukunft nach dem Muster des Holzarbeiter- und des Buchbinderverbandes auch durch eine Broschüre betrieben werden, die die Vorteile des Verbandes nach allen Seiten hin klarlegt. Der Antrag wird angenommen. Ferner soll nach einem anderen, ebenfalls angenommenen Antrag die Agitation dort mehr betrieben werden, wo die Kollegen dem Verband noch fernstehen.

Aus **Offenbach** a. M. ist eine **Resolution** beantragt, folgenden Inhalts:

> In Erwägung, daß die Arbeiterklasse durch eine zweckentsprechende Organisation des Konsums in der Lage ist, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, empfiehlt die Generalversammlung den Tabakarbeitern, dort, wo die Möglichkeit vorhanden, Konsumvereine auf obiger Basis zu gründen, respektive bestehende in diesem Sinne auszubauen, mit ganzer Kraft dafür einzutreten.

Diese Resolution wird zwar von **Repp** zurückgezogen, aber nur zu Gunsten einer anderen, schriftlich eingereichten, die da lautet:

> In Erwägung, daß alle Mittel, die eine Verbesserung unserer Lage versprechen, zur Anwendung gebracht werden müssen, und die Arbeiter in neuerer Zeit die Idee der Organisation des Konsums immer mehr zur praktischen Durchführung bringen, liegt es im Interesse der Arbeiterklasse im allgemeinen und im besonderen Interesse derjenigen Berufe, die solche Verbrauchsartikel produzieren, bei welchen der Arbeiter als direkter Konsument in Betracht kommt, durch die Konsumvereine eine Einwirkung auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu versuchen.
>
> In fernerer Erwägung, daß der Kapitalismus die Ar-

strebungen der Arbeiter, einen größeren Anteil am Produktionsgewinn zu nehmen, mit rücksichtslosester Gewalt zu unterdrücken bestrebt ist, außerdem die Organe des Staates in oft rigorosester Weise zu Gunsten der Unternehmer eingreifen, sowie, daß wegen der eigentümlichen Lage unseres Berufes unsere wirtschaftlichen Kämpfe vielfach zu Ungunsten der beteiligten Kollegen ausfallen, hält die Generalversammlung es für nützlich, den Tabakarbeitern zu empfehlen, dort, wo es möglich ist, sich den Konsumvereinen anzuschließen, respektive solche zu begründen, um dieselben nach Möglichkeit als Kampfmittel ausnützen zu können.

Ueber diese Frage entspinnt sich eine ziemlich scharf zugespitzte Debatte. Repp empfiehlt diese Resolution und verspricht sich von einer Thätigkeit des Verbandes in diesem Sinne einen guten Erfolg, er meint sogar, daß dadurch Streiks verhindert würden. Dagegen wenden sich Sidow, Schmalfeldt und Meister in energischer Weise. Sidow weist darauf hin, daß die Konsumvereine bei der heutigen Wirtschaftsweise das Bestreben haben müssen, Waren möglichst billig einzukaufen. Jedenfalls würden die Leiter der Konsumvereine nicht alles das, was Gewerkschaften von ihnen fordern, bewilligen. Schmalfeldt erklärt, wenn die Resolution angenommen würde, käme der Verband auf eine schiefe Ebene. Er werde sich persönlich an einen derartigen Beschluß nicht binden. Das führe zu den Praktiken der sogenannten Unabhängigen und Anarchisten, die die Gewerkschaften mit diesen Dingen verquicken wollten. Die Verfasser der Resolution müßten zu Schulze-Delitzsch und Eugen Richter gehen und um Entschuldigung bitten, daß sie sich bisher der modernen Arbeiterbewegung angeschlossen gehabt hätten. Meister ersucht, mit solchen Anträgen die Gewerkschaften zu verschonen. Diese hätten andere Aufgaben. Es scheinen die Klagen über die Löhne in Konsumvereinen bereits vergessen zu sein, obschon die Gewerkschaftspresse sie mitgeteilt habe.

Nach Annahme eines Schlußantrages wird die Resolution mit 30 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Aus Nordhausen wurde der Antrag gestellt:

Dem Ausschuß des Verbandes sind zwei Kollegen der Kautabakbranche hinzuzufügen.

Dieser Antrag wird abgelehnt, dagegen ein aus der Generalversammlung gestellter angenommen, nach dem bei Vorkommnissen in der Kautabakbranche, die den Ausschuß beschäftigen, zwei Kollegen aus dieser Branche hinzuzuziehen sind.

Zu dem Antrag Kraszig-Dresden:

Die Generalversammlung möge Stellung nehmen zu dem Treiben der Genossenschaftsfabrik Hamburg wegen Errichtung und Verlegung von Filialen an Orte, wo billige Arbeitslöhne gezahlt werden,

meint Hoppe-Hildesheim, daß auch die Genossenschaften billig produzieren müßten, um kapitalkräftig zu sein.

Dagegen wendet sich Meister-Hannover: Wenn die Ansicht Hoppes richtig sei, daß die Genossenschaft billige Löhne zahlen müsse, dann dürfe man auch nicht gegen Fabrikanten vorgehen; dann könnten die Genossenschaften zum Teufel gehen.

Hoppe präcisiert seine Worte dahin, daß von der Genossenschaft nicht immer die höchsten Löhne verlangt werden könnten.

Ein Beschluß wird zu diesem Antrag nicht gefaßt, sondern derselbe durch die Diskussion für erledigt erklärt.

Sodann wird ein Antrag diskutiert und angenommen, der an Stelle der summarischen Abrechnung der Hauptkasse eine specialisierte eingeführt haben will.

In der Nachmittagssitzung erfolgt die Beratung der Kompetenzen des Vorstandes hinsichtlich der Entscheidung über die zur Vereinssache zu machenden Streiks. Verbandssekretär Faure meint, der Vorschlag, daß nicht, wie bisher, der Ausschuß, sondern der Vorstand in erster Linie entscheiden solle, sei vom Vorstand aus Zweckmäßigkeitsgründen gemacht.

Der Ausschußvorsitzende Meister ersucht dagegen, es bei dem bisherigen Zustande zu lassen, der es verhinderte, daß alles Mißvergnügen sich auf den Vorstand wälze, denn das hindere die Entwickelung des Vereins. Wenn der Ausschuß zweite Instanz werden solle, werde auch die Urabstimmung eine Einschränkung erfahren. Das wolle er nicht.

Darauf werden die Anträge auf Aenderung des bisherigen Zustandes abgelehnt.

Eine längere Diskussion ruft der Antrag auf Anstellung eines dritten festbesoldeten Beamten hervor. Der bisherige Vorsitzende ist nicht fest angestellt. In der Debatte wird die wachsende Arbeit für den Verband hervorgehoben, sowie, daß es notwendig sei, daß der Vorsitzende seine ganze Kraft dem Verbande widme. Das Resultat der Debatte ist die Annahme des Antrages mit allen gegen zwei Stimmen, einen dritten Beamten fest anzustellen.

Der dritte Beamte soll das Gehalt wie die beiden anderen beziehen, deren Gehälter in bisheriger Höhe belassen werden.

Als Sitz des Vereins wird, obgleich die Delegierten Repp, Wildemann und Anné für die Verlegung nach Süddeutschland plädieren, wieder Bremen bestimmt. Für die Verlegung waren 17 Stimmen.

Bei den darauf vorgenommenen Vorstandswahlen wird, nachdem J. H. Junge erklärte, seine Verhältnisse gestatteten ihm nicht, den Vorstandsposten wieder anzunehmen, Deichmann-Bremen mit 44 Stimmen gewählt. Niendorf-Ottensen erhielt 17 Stimmen.

Als Kassierer wird Nieder-Welland, da kein Widerspruch dagegen erfolgt, per Acclamation einstimmig wiedergewählt; desgleichen der Verbandssekretär Faure, nachdem der mit vorgeschlagene Kollege Niendorf auf die Wahl verzichtete.

Als Vorsitzender des Ausschusses wird Meister-Hannover, obgleich derselbe ersucht hatte, von seiner Wahl abzusehen, mit 51 Stimmen wiedergewählt. Burghold-Braunschweig erhielt 11 Stimmen.

Darauf wird das Geschäftsjahr für die Zuschußkasse von Januar bis Januar festgestellt.

Der Vorstand und die Bremer Delegierten erhalten den Auftrag, die Redaktion des Protokolls zu übernehmen.

Dem bisherigen Vorsitzenden des Verbandes wird auf Antrag Klein-Köln der Dank für seine Thätigkeit als Leiter des Verbandes ausgesprochen. Junge-Bremen sprach seinen Dank für diese Anerkennung aus. Nötigten ihn auch Umstände zurückzutreten, so werde er doch auch als Mitglied nie aufhören, für den Verband thätig zu sein.

Meister-Hannover erhält dann das Schlußwort, der in großen Zügen die Thätigkeit der Generalversammlung Revue passieren läßt und die Hoffnung ausspricht, daß sie dem Verein zum Nutzen gereichen werde. Auch er spricht Junge-Bremen seinen Dank für dessen bisherige Thätigkeit aus und schließt seine Rede mit einem Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband, in das die Delegierten einstimmen.

Darauf wird die Generalversammlung geschlossen.

* * *

**Berichtigung.** Helbig-Hänichen hat nicht für, sondern gegen die Arbeitslosenunterstützung gesprochen.

# Rundschau.

**Bassermann, der Sozialpolitiker**, soll, wie die Kölnische Volkszeitung aus sicherer Quelle erfahren haben will, die Absicht haben, eine Erhöhung des Tabakzolles von 85 auf 125 Mk. pro 100 Kilogramm zu beantragen. Hierüber scheinen jedoch, wie das ultramontane Blatt berichtet, innerhalb der nationalliberalen Partei sehr geteilte Anschauungen zu bestehen. Seitens der verbündeten Regierungen soll übrigens durchaus nicht die Absicht vorhanden sein, eine Erhöhung der sogenannten Finanzzölle (auf Tabak, Kaffee und Petroleum) durch den neuen Tarif vorzuschlagen. Der nationalliberalen Fraktion dürfte dieser Antrag den Verlust einiger Mandate bei den nächsten Reichstagswahlen kosten; ob sie damit das beabsichtigte Ziel, von den Landbündlern ein paar Mandate in der Pfalz zurückzugewinnen, erreichen werden, erscheint dagegen mehr als fraglich.

Einst wurde Herr Bassermann von seinen nationalsozialen Freunden als der aufgehende Stern eines sozialpolitisch aufgeklärten Nationalliberalismus gefeiert. Die Zeiten sind vorbei. Sein neuester Zollvorschlag ist nicht sein erster sozialpolitischer Kopfsturz und wird nicht sein letzter sein.

**Die preußischen Bischöfe und die christlichen Organisationen.** Der Kölnische Volksfreund teilt mit, daß ein **gemeinsames Hirtenschreiben der preußischen Bischöfe**, datiert Fulda, den 22. August, sich mit der sozialen Frage und den katholischen Arbeitervereinen und -Verbänden befaßt habe. Für diese werde die religiöse Grundlage nachdrücklich gefordert, und es werde die Errichtung von farblosen, sogenannten neutralen Verbänden verworfen.

Die Hirten warnen vor der modernen Arbeiterbewegung und vor den Gewerkschaften. Das ist ihre Pflicht.

**„Rauchsucht" und Volksgesundheit.** Während des in Paris abgehaltenen medizinischen Kongresses hat in der Abteilung für öffentliche Gesundheitspflege Professor Breitung aus Koburg einen vielbeachteten Vortrag über die Frage gehalten, inwieweit das Tabakrauchen zu einer Gefahr für die Volkswohlfahrt werden könne. Der deutsche Hygieiniker ist nach gründlicher Untersuchung zu folgenden Grundsätzen gekommen: Manche Gesundheitsstörungen, die gewöhnlich dem Tabakgenuß zugeschoben werden, sind dem Alkohol zuzuschreiben. Leichte und mittelschwere Cigarren, wie sie in Deutschland am meisten verkauft werden, sind im allgemeinen unschädlich. Importierte Havanna-Cigarren kommen ebenfalls als Gefahr für das Volkswohl nicht in Betracht, weil sie nur von wenigen gewohnheitsmäßig geraucht werden, im Uebermaß genossen, führen sie die unter der Bezeichnung „Tabaksherz" verstandenen Herzbeschwerden mit sich. Das Rauchen der schweren Virginia ist stets bedenklich, aber ihr Verbrauch in Deutschland verhältnismäßig gering. Die Cigarette ist einzeln ungefährlich, aber ein regelmäßiger Genuß von 20—30 Stück täglich, der ja keine Ausnahme bildet, ist nie ohne Einfluß auf die Gesundheit, daher muß der Genuß der Cigaretten mit allen Mitteln der Belehrung und Aufklärung eingeschränkt werden, ja: die nationale Wohlfahrt erfordere geradezu ein Gesetz gegen den Verkauf von Cigaretten an minderjährige Personen, dessen Uebertretung als Körperverletzung (Unsinn!) zu bestrafen wäre. Von allen Organen leidet unter dem Tabakmißbrauch zuerst das Herz. Herzschwäche und chronische Erkrankung der Luftröhre sind besonders bei Cigarettenrauchern zu finden, die den Rauch verschlucken. In zweiter Linie leiden die Sinnesorgane, und es giebt sowohl eine Tabakskurzsichtigkeit als eine Tabaksschwerhörigkeit. Dagegen ist eine Zerrüttung des Nervensystems, wie sie durch den Alkoholmißbrauch geschieht, dem Tabak nicht vorzuwerfen. Kauen und Schnupfen von Tabak haben andere Wirkungen als Rauchen: das Schnupfen bedroht das Mittelohr in besonderem Grade, das Kauen ruft schwere Vergiftungserscheinungen hervor und wird gelegentlich zur Ursache von Geisteskrankheiten. Nervenkranke sollten überhaupt keinen Tabak genießen, ebensowenig Epileptiker. Breitung wendet sich an die Frauen, die jede in ihrem Kreise die Cigarette verdrängen sollten. Der Kampf gegen den Tabakmißbrauch, die „Rauchsucht", wird aber freilich schwieriger sein, als der gegen den Alkoholmißbrauch, die Trunksucht, weil die gesundheitsschädlichen Folgen des ersteren nicht so deutlich und widrig auftreten wie bei jenem. Daß aber auch im Tabak viel gesündigt wird, ist nach den obigen Sätzen zweifellos, und gerade die ruhige vernünftige Scheidung zwischen einem Uebermaß und einem unschädlichen Genuß wird jeden über das richtige Maß belehren, an das er sich zu halten hat.

# Gewerkschaftliches.

**Birnbaum.** Da Maßregelung und Lohndifferenzen bestehen, ist Zuzug streng fernzuhalten.

Der Zuzug nach Alt- und Neu-Ruppin ist wegen Lohndifferenzen streng fernzuhalten.

**Finsterwalde.** Ersuchen den Zuzug streng fernzuhalten, da hier noch viele Arbeitslose sind. Das Umschauen ist streng verboten.

**Warsleth.** Die Differenzen sind behoben. Es wird jedoch aufmerksam gemacht, daß in Arbeitsangelegenheiten Auskunft bei dem Bevollmächtigten F. Germer, Warsleth, einzuholen ist, bevor Arbeit angenommen wird. Laut Versammlungsbeschluß ist Umschauen verboten.

**Oberhausen.** Hier bestehen Lohndifferenzen; deshalb ersuchen wir, Zuzug fernzuhalten.

**Wollstein** in Posen. Hier finden andauernd Entlassungen statt, deshalb bitten wir die reisenden Kollegen, Wollstein zu meiden.

**Achtung!** Der Zuzug nach Cannstatt ist noch nicht freigegeben und ist derselbe streng fernzuhalten. Die reisenden Kollegen werden gebeten, dieses zu beachten. In letzter Zeit wurde dieser Beschluß von den Kollegen nicht genügend beachtet. Sollte dies auch ferner geschehen, so werden wir gezwungen sein, statutarisch einzugreifen.

**Als ein erfreuliches Zeichen der Gewerkschaftsbewegung** ist wohl der Aufschwung zu bezeichnen, den die vom Genossen J. Scherm in Nürnberg geleitete Deutsche Metallarbeiterzeitung genommen hat, wenn dieselbe jetzt in einer Auflage von 100000 Exemplaren erscheint. Wie aus der uns vorliegenden Nr. 38 ersichtlich, hatte dieselbe im Frühjahr 1891 bei Gründung des Metallarbeiterverbandes eine Auflage von 18600 Exemplaren, am Ende des Jahres 1896 versorgte sie bereits 50400 Abonnenten mit geistiger Nahrung, und in wiederum nur $3^3/_4$ Jahren hat sich diese Zahl verdoppelt. Aber nicht nur das genannte Fachblatt ist in der angegebenen Weise so gestiegen, auch der Verband zählt gegenwärtig gegen 98000 Mitglieder. Gewiß ein schöner Erfolg, wenn man bedenkt, daß die Stürme des Sozialistengesetzes auch diesen Verband von der Bildfläche verwehten und die Metallarbeiter erst nach Beseitigung desselben wieder daran denken konnten, die hier und da bestehenden Lokalvereine zu centralisieren.

Möge der Wunsch, welcher den Schluß des Leitartikels in der bereits erwähnten Nr. 38 bildet: daß sich in weiteren zehn Jahren die Zahl der Mitglieder sowohl als auch der Auflage auf 200000 erhöhe, in Erfüllung gehen.

**Die obligatorische Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Schuhmacherverband** wurde durch Urabstimmung abgelehnt. Nach der letzten Abrechnung betrug die Zahl der Mitglieder 19048. Die Zahlstellen, die sich an der Abstimmung beteiligten, bezw. ihr Resultat einsandten, haben 18206 Mitglieder, hiervon stimmten ab 10986, das sind $60^1/_3$ Proz. der Mitglieder derjenigen Zahlstellen, die ihr Resultat eingesandt haben und $57^2/_3$ Proz. der gesamten Mitglieder. Hiervon sind ungültig 182 Stimmen, es verbleiben demnach 10804 gültige Stimmen, hiervon stimmten 4789 Mitglieder oder $44^1/_2$ Proz. mit Ja und 6016 Mitglieder oder $55^2/_3$ Proz. mit Nein. Die Majorität, mit der die obligatorische Einführung der Arbeitslosen- und Krankenzuschußkasse abgelehnt wurde, betrug demnach 1228 Stimmen.

# Zur Erwiderung.

In Nr. 38 vom 23. September schreibt v. Elm u. a., ich hätte Behauptungen aufgestellt, welche zu beweisen ich nicht im stande wäre. Was ich in der Berliner Versammlung gesagt, halte ich auch heute noch aufrecht, und nehme von dem Gesagten kein Jota zurück. Giebt doch Kollege Runkel in Nr. 33 zu, daß bis dahin Decke gearbeitet ist, die sich mit 3 bis $3^1/_2$ deckte, resp. decken sollte. Ferner fiel zu meiner Zeit ebensoviel Einlage vom Umblatt ab, als wie verarbeitet wurde. Diese Thatsachen sucht v. Elm nun abzuleugnen; ja, ja, v. Elm, es ist unangenehm, wenn unberufene Kritiker sich finden und so etwas an die Oeffentlichkeit bringen, dann werden alle Hebel in Bewegung gesetzt und es heißt dann, die Sache ist geändert. Und wie war es weiter mit der ersten Lohnzahlung? Es sind doch thatsächlich nur 7.10 Mk. pro Mille die erste Woche gezahlt! Weshalb ich ging? Wer trägt hier die Schuld? Bedauerlich ist es nur, daß in diesem Musterbetriebe, wo solche Koryphäen an der Spitze sind, so etwas vorkommen kann. Nun heißt es im letzten Artikel weiter: Die Genossenschaft giebt freie Zurichtung. Hier erlaube ich mir die Frage: was ist freie Zurichtung? Ich verstehe darunter entrippte aufgestapelte Decken, entripptes Umblatt und Einlage, und das giebt es in Frankenberg nicht. Also kann doch wohl von freier Zurichtung keine Rede sein. Mit Stengel aufgesetzte Decken und angefeuchtetes Umblatt, wie es aus dem Ballen kommt, kann ich nie als freie Zurichtung bezeichnen. Hierüber werden die Ansichten wohl nicht geteilt sein. Die übrigen persönlichen Anzapfungen ignoriere ich, auch lasse ich mich auf weitere Haarspaltereien nicht ein.

Holdenstedt b. Uelzen. Wilhelm Grammann.

# Litterarisches.

Dem Andenken **Wilhelm Liebknechts** ist eine Broschüre gewidmet, die von Kurt Eisner herausgegeben, soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienen ist. Unter Benutzung ungedruckter Briefe und Aufzeichnungen giebt der Verfasser in acht Kapiteln: Ein Kämpferleben — Aus der Jugend — Der Freischärler — Die Flüchtlingszeit — Klein-Preußen und Großdeutsch — Landes-Hochverräter — Unterm Sozialistengesetz — Das letzte Jahrzehnt — in lebendiger Darstellung nicht bloß ein prächtiges, in dieser Umfassung ganz neues Lebensbild unseres verstorbenen großen Vorkämpfers, sondern auch eine glänzende Charakteristik der historischen Persönlichkeit und seiner politischen und litterarischen Bedeutung.

Die Schrift enthält außer einer Porträt-Beilage auf Kunstdruckpapier noch 5 Porträts und Abbildungen im Text.

Der Verlag hat, um jedem Genossen die Anschaffung zu ermöglichen, eine billige Agitations-Ausgabe zum Preise von 30 Pfg. herstellen lassen, während der Preis im Buchhandel 1 Mk. beträgt.

**Der Weg zum häuslichen Wohlstand.** Ein Hausschatz und Ratgeber für jede Familie. Leipzig, Verlag von Theod. Thomas, „ca. 400 Seiten stark mit 69 Abbildungen — Preis nur 2 Mk. —" in weitestgehender, übersichtlicher Weise erteilt und sicher wird jede praktische Hausfrau, wenn sie sich erst einmal von den trefflichen Winken und Ratschlägen überzeugt hat, immer wieder darauf zurückgreifen.

Zunächst giebt es eine genaue Anleitung zur Führung des Haushaltes. Dann folgen praktische Winke und Ratschläge für die zweckmäßige Pflege der Wirtschaftsgegenstände, für die Behandlung unbrauchbar gewordenen Sachen, für die Beseitigung drohender Gefahren, bei plötzlichen Unglücksfällen u. dergl. Ferner leistet es die trefflichsten Dienste als Hausarzt, belehrt uns über das wichtigste in der Gesundheits-, Kinder- und Krankenpflege. Auch die Aufführung der für eine Hausapotheke erforderlichen Mittel wurde nicht vergessen.

Weiter wendet sich das vielseitige Werk an die Frau, indem es die beste Anleitung zum Stopfen, Stricken, Häkeln, Zuschneiden und Nähen erteilt.

Endlich ist das Buch ein vollkommener Ratgeber bei der Zubereitung von Speisen, der Verwendung von Speiseresten und dem Anrichten der Krankenküche.

Das Werk schließt ab mit den wichtigsten Mitteilungen über die Arbeitergesetzgebung, den Arbeitsvertrag, die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung und gewährt so dem Arbeitgeber wie dem Arbeitnehmer einen sicheren Anhalt bei der Beurteilung zweifelhafter Berufsfragen. — Das Buch ist in jeder Buchhandlung vorrätig.

# Vereinsteil.

## Central-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftsstelle: **Hamburg-Uhlenhorst**, Mozartstr. 5, I.

Folgende Beträge sind bei der Hauptkasse eingegangen:

| | |
|---|---|
| Bernburg | ℳ 100.— |
| Calbe | „ 80.— |
| Potsdam | „ 100.— |
| Biebrich | „ 100.— |
| Eimsbüttel | „ 300.— |
| Calw | „ 90.— |
| Speyer | „ 100.— |
| Summa | ℳ 870.— |

Sterbekasse:

| | |
|---|---|
| Calw | ℳ 9.75 |
| Speyer | „ 40.— |
| Summa | ℳ 49.75 |

Zuschüsse an die Ortsverwaltungen:

| | |
|---|---|
| Bremen | ℳ 200.— |
| Bischofswerder | ℳ 100.— |
| Brieg | „ 30.— |
| Emmendingen | „ 50.— |
| Halberstadt | „ 300.— |
| Lüneburg | „ 100.— |
| Oppeln | „ 50.— |
| Miloslaw | „ 100.— |
| Posen | „ 400.— |
| Summa | ℳ 1330.— |

Durch die Hauptkasse erhielten Krankengeld:

| | |
|---|---|
| Ph. Ringhof in Oedingen | ℳ 15.— |
| Frau Rochow in Clettwitz | „ 6.60 |
| O. Gaunitz in Oschatz | „ 10.80 |
| Frau Schuster, Harpersdorf | „ 13.20 |
| Summa | ℳ 45.60 |

Hamburg, den 1. Oktober 1900. **P. Otto**

## Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

**Joh. Herm. Junge**, Vorsitzender, **Bremen**, St. Jürgen-Str. 53.

**Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II., zu adressieren.**

**Geld-, Einschreibe- u. Wertsendungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen, Martinistraße 4, II.**

**Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Heinrich Meister, Hannover, Lange Str. 1, II., zu adressieren.**

## Bekanntmachung.

Das auf den Namen **Heinrich Fink** aus **Cöln a. Rh.** lautende Buch Ser. II, 31717, ist als verloren gemeldet, im Vorzeigungsfalle zu konfiszieren und an uns einzusenden.

Das auf den Namen **Karl Reinking** aus **Bremen** lautende Buch Ser. II, 05046, ist als verloren gemeldet, im Vorzeigungsfalle zu konfiszieren und an uns einzusenden.

**Bremen.** **Der Vorstand.**

## Vom Vorstande sind ernannt:

Für **Ahlen i. W.:** Fritz Robetje, Warendorfer Straße, als 1. Bev. Adr.: K. Kemper, Cigarrenfabrik. Dickmann, als 2. Bev.; Gust. Lange, Rich. Lange als Kontrolleure.

Für **Mühlhausen i. Th.:** O. Broschè als 1. Bev., Kräuterstraße 22, Georg Henne als 2. Bev., Fritz Schlüter als 3. Bev.; E. Röber, W. Hestermann, R. Herz als Kontrolleur.

Für **Wittlich:** Gottfried Teusch als 1. Bev., Jakob Fischer als 2. Bev., Heinrich Wagner als 3. Bev.; Jakob Knopp, Franz Eischhorn, Heinrich Wagner als Kontrolleure.

## Provisorisch aufgenommen sind:

Otto Schmidt aus Rehna. (297)
Gust. Langner aus Groslobedom, Berthold Ratterwe aus Oels (z. R.). (188)
Fritz Heese, Paul Vortisch aus Treuenbrietzen. (341)
Louis Lehmann (z. R.), Karl Kositz, Alex. Salatowsky, Paul Winderlich, Hugo Kulke, Rich. Abraham, Hugo Schulz, Gust. Rätzer, Paul Richter, Erich Stößel aus Sommerfeld. (321)
Friedr. Hinkelmann aus Meschede (z. R.). (209)
Paul Bloch aus Müncheberg. (441)
Ernst Bote aus Sorno (z. R.). (57)
Albert Vink aus Teterow. (399)
M. Maser aus Küstrin. (46)
Jakob Eulgem aus Schwetzingen, Kasper Klinkner aus Kaiseresch. (437)
Frau Steding geb. Dettmer aus Bremen. (34)
Marie Landgraf aus Bernburg. (35)
Richard Löber aus Großenhain. (300)
Emma Grundmann aus Elbing. (80)
Emil Huggenberger aus Leon (Kanton Aargau). (256)
Otto Glinsky aus Gnevikow, Adolf Zellmer, Willy Mangelsdorf aus Neu-Ruppin. (247)
Max Marschner aus Kunzendorf b. Sorau. (328)
Ernst Reiche aus Glatz, Auguste Bernerdt aus Stangenhain, Anna Nentwig aus Glatz. (195)
Max Reinsch aus Prausnitz, Karl Bennert aus Trebnitz, Joh. Kiesewalter aus Groß-Woitzdorf, Fritz Bennert. (444)
Wilhelm Hammelberg aus Uslar (z. R.). (347)
Julius Richard Otto aus Glauchau. (115)

Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

**Bremen.** **Der Vorstand.**

## Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:

In **Eisleben:** Breiter Weg 87, II.

In **Glauchau:** Durch Karl Glogert, Feldstraße 2, pt. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr mittags und 7 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12—1 Uhr mittags.

In **Großenhain:** An Wochentagen in der Fabrik Geyer u. Co. An Sonn- und Festtagen Topfstraße 5, pt.

In **Görlitz:** Bei Paul Gottwald, Rabenberg 5. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 8—12 Uhr mittags.

In **Trebnitz:** Durch Joh. Kiesewalter, Zirkwitzer Str. 5. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und nach 9 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11—1 Uhr mittags.

In **Triptis:** Bei Richard Karmaschek.

## Adressenänderungen:

Für **Danzig:** Friedrich Nehrig, Baumgartsche Gasse 25, pt.
Für **Glauchau:** Karl Glogert, Feldstraße 2, pt.
Für **Großenhain:** Max Häßlich, Topfmarkt 5, pt.
Für **Halberstadt:** W. Hackmann, Braunschweiger Str. 23, pt.
Für **Hildesheim:** H. Thias, 1. Bev., Goschenstraße 2, Hinterh.
Für **Muskau:** Wilhelm Schmidt, Berliner Str. 270, Hinterh.

## Mitgliederversammlungen.

**(Mitglieder, besucht Euere Versammlungen zahlreich!)**

In **Bremen:** Sonntag den 7. Oktober nachmittags 4 Uhr im Vereinshause, Hankenstraße 21/22. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung in Mainz und Diskussion. 2. Quartalsabrechnung und Thätigkeitsbericht der Ortsverwaltung. 3. Neuwahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten. 4. Neuwahl der Kontrolleure. 5. Botenwahl. 6. Neuwahl der Beisitzer zum Vorstand. 7. Neuwahl der Revisoren zum Vorstand. 8. Verschiedenes.

In **Bünde:** Sonntag den 14. Oktober nachmittags 4 Uhr im Lokale des Herrn Wilh. Berling. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Chemnitz:** Sonnabend den 13. Oktober abends 8½ Uhr im Restaurant zur Wartburg, Hainstraße 17. Die Tagesordnung wird daselbst bekannt gemacht. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Dessau:** Sonnabend den 13. Oktober abends 8 Uhr in Stadt Braunschweig. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verschiedenes. — Sollten die Zahlstellen vom 24. Wahlkreis Bericht wünschen, so mögen dieselben sich an Karl Lingner wenden, derselbe ist gern bereit, den Wünschen nachzukommen. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Eilenburg:** Montag den 8. Oktober abends 8 Uhr in Klinges Lokal. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verschiedenes. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Eisleben:** Sonnabend den 13. Oktober abends 8 Uhr Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Verschiedenes. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Eschwege:** Montag den 8. Oktober im Lokale R. Heinemann. Tagesordnung: 1. Bericht des Delegierten von der Generalversammlung. 2. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen bittet J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Goch:** Sonntag den 7. Oktober. Tagesordnung: Abrechnung. Die Restierenden wollen bis dahin ihre Beiträge begleichen, widrigenfalls nach § 7 gehandelt wird. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Herford:** Sonntag den 14. Oktober nachmittags 5 Uhr im Lokale des Herrn C. Brennecke. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Höchst a. Main:** Montag den 15. Oktober im Gasthaus zu Adler. Die Tagesordnung wird daselbst bekannt gemacht. — Die Mitglieder werden ersucht, bis dahin ihr Beiträge zu regeln. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Lage:** Sonnabend den 13. Oktober abends 9 Uhr bei Herrn Hannemann. — Die Mitglieder werden ersucht, ihre rückständigen Beiträge zu begleichen, widrigenfalls Streichung erfolgt. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Lieder-Salzbrunn:** Sonntag den 21. Oktober nachmittags 2½ Uhr im Gasthaus zum Gambrinus. Tagesordnung: 1. Einziehung der Beiträge. 2. Wahl des in Vorschlag zu bringenden Vertrauensmannes. 3. Verschiedenes. J. A.: **Der Vertrauensmann.**

In **Oranienbaum:** Sonntag den 14. Oktober nachmittags 3 Uhr im Restaurant zur Börse. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Oertliche Verhältnisse. 3. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten. J. A.: **Der Vertrauensmann.**

In **Osterode:** Sonntag den 7. Oktober nachmittags 3 Uhr im Lokale des Schützenhauses. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Berichterstattung von der Generalversammlung zu Mainz. 3. Verschiedenes. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Ronneburg:** Montag den 8. Oktober abends 8 Uhr im Bergschlößchen. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Verschiedenes. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Scharmbeck:** Sonntag den 14. Oktober abends 8 Uhr im Lokale der Witwe Wohltmann. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Seesen:** Sonnabend den 13. Oktober abends 8½ Uhr bei Gastwirt Reinhard, Zum alten Fritz. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller erforderlich. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

**Duisburg.** Die hiesigen sowie auswärtigen Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge bis zum 14. Oktober zu entrichten, damit die Abrechnung fertig gestellt werden kann, widrigenfalls nach § 7 eingeschritten wird.

**Schwiebus.** Den auswärtigen Kollegen zur Nachricht, daß die Beiträge für das 3. Quartal bis zum 8. Oktober bezahlt sein müssen. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**


**H. Edling, Tabakhandlung, Bremen**
empfiehlt
**Sumatra-Decker** per Pfd. ℳ 1.10, 1.20, 1.30, 1.50, 1.70, 1.80, 2.—, 2.10, 2.20, 2.30, 2.40, 2.50, 2.60, 2.80, 3.—, 3.20.
**Sumatra-Umblatt** per Pfd. ℳ 1.10, 1.20.
**Sumatra-Blätter** ℳ 0.90.
**Java-Decker** per Pfd. ℳ 1.30, 1.40, 1.60.
**Java-Umblatt** per Pfd. ℳ 0.75, 0.80, 0.85, 0.90, 0.95, 1.10, 1.20, 1.25.
**Brasil-Decker** per Pfd. ℳ 1.60, 1.90, 2.—.
**Brasil-Aufarbeiter** per Pfd. ℳ 1.25, 1.30.
**Brasil-Einlage** per Pfd. ℳ 0.90, 0.95, 1.00, 1.10, 1.15, 1.20.
**Havana-Decker** per Pfd. 3.—, 4.—.
**Havana-Einlage** per Pfd. ℳ 1.20, 1.70, 1.90.
**Carmen-Umblatt** per Pfd. ℳ 0.75, 0.80, 0.85, 0.90, 1.—.
**Domingo-Umblatt** per Pfd. ℳ 0.80, 0.90, 1.—, 1.10.
**Seedleaf-Umblatt** per Pfd. ℳ 0.90, 1.—, 1.10.
**Losgut-Einlage und Umblatt** per Pfd. ℳ 0.75, 0.80 (rein überseeisch).
**Preise verzollt. Versandt unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.**

**Rohtabak!**
**Sumatra** 120, 160, 200, 220, 240, 250, 280, 300, 350 ₰, **Java**, Decker 160, 200 ₰, Umbl. 100, 110 ₰, Umbl. und Einl. 80 ₰, **Sedleaf** 85, 95, 105 ₰, **Carmen** 80, 95 u. 100 ₰, **Domingo**, FF 100, F 90, A 85 ₰, **Mexico**, Umbl. u. Einl. 160 ₰, **Havanna Vuelten**, prima Qualität 280, 220 ₰, **Brasil**, Einl., tadellos im Brand u. Qualität 95, 100, 110 ₰, Umbl. 120 ₰, Decker u. Umbl. 170 ₰, Decker 200, 220 ₰, **gemischte, lose Blätter**, nur überseeischer Tabak, **sehr blattreich**, 75 ₰.
Versand verzollt gegen Nachnahme.
**J. H. Koopmann, Bremen.**

**Roh-Tabak.**
Besonders **Sumatras** empfehle in großer Auswahl zu außergewöhnlich billigen Preisen.
W & V S Deli Langhart D S III, Vollbl. mittelfarb. 1.40
Medan Tabak My R III, getig., Vollblatt, hell 1.80
Deli A/S II, Vollblatt, mittelfarbig . . . . 2.—
Deli Ba My S III, Vollblatt, mittelfarbig . 2.10
Senemba My J S S III, Vollbl., mittel b. hellfarb. 2.20
Deli My M. R. II, Vollblatt, hell getigert . 2.50
Deli My K B Langhart R II, hell getigert . 2.70
Deli My K B Langhart S S II, hell . . . 3.—
M & K Langhart S S I, hell . . . . . 4.25
Deli My A S S II, hell . . . . . 4.90
**ff. 98er Uckermärker Einlage** . . . . —.70
Denjenigen, welche bisher noch keinen Tabak von mir bezogen, rate in ihrem Interesse, sich Muster von meinem **Deli Ba My K/B 1 à 2.25** senden zu lassen. Der Tabak ist einer der besten Marken, erste Vollblattlänge, reine lebhafte Mittelfarben, kreideweißen Brand und sehr gut deckend. Ein Versuch führt unbedingt zur Nachbestellung.
**Bernhard Segal, Cottbus.**

**Sumatra**
schöne mittelbraune Decke, Vollblatt, 2. Länge, weißer Brand, pr. Pfd. 1.50 ℳ verzollt offeriert
**Carl Krause, Dresden-N.**
**Förstereistraße 9.**

**Ein tüchtiger Kistenmacher,** in allen Arbeiten bewandert, **sucht sofort** dauernde Stellung.
**Adolf General, Rauen** bei Berlin.

**Rohtabak**
in- und ausländisch verzollt, empfiehlt und versendet per Nachnahme
**Hermann Helmbold, Mühlhausen i. Thür.**

**Rohtabak-Lager**
Sämtliche Sorten Tabake empfehlen zu den billigsten Preisen
**Hengfoss & Maak**
**Altona-Ottensen, Bismarckstr. 28.**
Fernsprecher: Altona 1463.

**Rohtabak-Lager.**
**Sumatra** 1.60, 2.10, 2.30, 2.80, 3.50, 3.70 ℳ.
**Java** 1.10, 1.20, 1.35 ℳ.
**Brasil** 1.20, 1.35 ℳ.
**Lose Blätter** 90 ₰.
**Pfälzer Umblatt** 90 ₰.
**Uckermärker** 75 ₰.
Mache meine werten Genossen und Kollegen darauf aufmerksam, daß diese billigen Preise sich unter Netto-Kassa ohne Disconto verstehen.
**Kredit nach Uebereinkunft.**
**Fr. Gottlieb, Magdeburg**
**Grüne Armstraße 3.**

**Alle Roh-Tabake**
**in größter Auswahl, billigste Preise.**
Guter Brand! Vorzügliche Qualität!
**Sämtliche Utensilien z. Cigarrenfabrikation.**
Sehr große Auswahl von **Formen** in jeder Façon zu Original-Fabrikpreisen.
**Heinrich Franck**
**Berlin N., Brunnenstraße 185.**
**Man verlange illustr. Preisverzeichnis.**

**Erstes Rohtabak-Detail-Geschäft**
**Carl Rese, Bremen.**

**Mexiko-Umblatt u. -Einlage,** Qualitätsware, 150 ₰ verz.
**Sumatra-Decken** in tadellos brennend. Ware.
Cultur Maatschy S S/2, à 190 ₰ } hell u. leicht.
L A B/B S S/3, à 210 ₰ }
Senembah Maatschy P S/D2, à 230 ₰, Mittelfarbe.
Senembah Maatschy D D/2, à 210 ₰ } kaffeebraun.
Senembah Maatschy D D/3, à 150 ₰ }
Deli Maatschy A/S2, à 240 ₰, hellbraun.
Sumatra A S T C I I/S I à 275 ₰ } leicht hellbraun.
Sumatra A S T C I I/S2, à 240 ₰ }
Deli Maatschy B K/B B2, à 385 ₰, hochf. hell.
**Sumatra-Umbl.** à 110—150 ₰, hell u. dunkel.
**Java-Umblatt** v. à 85—120 ₰, echte Vorstenland-Tabake von tadellosem Brand.
**Loses Gut,** beste gesunde blattige Ware aus nur original-überseeischen Tabaken hergestellt, von à 75—80 ₰.
Ebenso Brasil, Seedleaf, Domingo Umblatt und Einlagen im Anbruch zu Originalpreisen.
**Postkolli nur gegen Nachnahme.**

Wer **neue Ideen** oder **Erfindungen** auf dem Gebiete der **Cigarren-, Cigaretten- oder Tabak-Industrie** hat, wende sich an
**W. Hermann Müller**
**Berlin O.**
**Alexanderstr. 22.**

**Ein junger, tüchtiger Cigarrenarbeiter sucht Stellung,** am liebsten da wo Wickel geliefert werden. Gefl. Offerten wolle man senden an
**Louis Ludwig Horn,** Cigarrenmacher **in Lippe.**

**Ein verheirateter Cigarrenmacher,** der auch das Sortieren versteht, dessen Frau Wickel macht auf alle Façons (beide Vereinsmitglieder), **sucht** lohnende und dauernde Stellung. Auskunft erteilt der 2. Bevollm. **Enders, Dessau,** Teßnitzerstr. 4.

**Ein Cigarrenarbeiter,** der auch sortieren kann, findet dauernde Arbeit. Lohn für Cigarrenmachen bei freier Zurichtung 7.50 bis 10 ℳ, für Sortieren 70 ₰ bis 1 ℳ.
**Pfenningsdorf & Genssen, Rostock i. M.**

**Ein junger Sortierer,** welcher auch Kisten machen kann, **sucht** dauernde Stellung. Offerten unter **A. H. 105** an das Bureau des Tabakarb.-Verb., Bremen, Martinistraße 4, II. erbeten.

**Zwei ledige, tüchtige Cigarrenarbeiter** finden bei freier Zurichtung dauernde Beschäftigung bei **H. Plug, Moringen,** im Salling, Lange Str. Lohn 7—8 ℳ. Kost und Logis nach Uebereinkunft, auch im Hause. Auskunft erteilen die Bevollmächt.

**Suche** per sofort oder später noch **zwei geübte Wickelmacher od. Wickelmacherinnen.** Lohn 2.50 bis 3.50 ℳ bei gutem Material und entripvter Einlage.
Habe noch **einen großen Posten guterhaltene alte Formen** abzugeben.
**Aug. Rückriem,** Cigarren-Fabrik
**Gernrode a. H.**

**Gesucht!**
Cigarrenmacher **Moritz Gratius** aus **Bremen,** um Deine Adresse ersucht Dein Vater **C. Gratius, Bremen,** Gösselstr. 31. Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich Obengenannter befindet, werden dringend ersucht, denselben darauf aufmerksam zu machen, eventuell die Adresse einzuschicken. Porto wird vergütet.

**Ein unverheirateter solid. Cigarrenmacher** sucht Stellung. Gefl. Offerten an **W. Jahn, Crossen a. O., Sich dich für 395.**

Unserem Bruder **Franz Angerhausen** und seiner Braut **Sophia** nebst Schwiegervater senden wir die besten Glückwünsche zu dem am 7. Oktober stattfindenden Wiegenfeste.
**Mutter, J. J. H. W. K. W. F.**
**Burgsteinfurt.**

Unserem Freund und Kollegen **Otto Lehmann** aus Guben zu seinem am 8. Okt. stattfindenden Geburtstage die herzlichste Gratulation.
**Die Kollegen der Gustav Bahschen Cigarrenfabrik, Drebkau.**
G. K. G. S. E. W.

Ersuche die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Cigarrenmacher
**Simon Oskar Schubert**
aus **Chemnitz** aufhält, mir dessen Adresse wegen wichtiger Angelegenheit zukommen zu lassen. Porto wird vergütet. **Florenz Graupner, 1. Bev., Chemnitz, Stiftstraße 11, I.**

**Dorothea Sidentop,** wo steckst Du? Um Deine Adresse bittet **V. Filipinski,** Cigarrenfabrik von Hausmann, **Dahme.**

Wünschen unserem Freund und Koll. **Franz Filmer** zu seinem am 4. stattfindenden Namensfeste und am 5. stattfindenden 18. Geburtstage ein dreimal donnerndes Hoch!
Deine Freunde:
Koekenpan. Atanasios. Hipebock, Schneidermstr. Gesellen und Dein Windisches Bräutchen.

Unserem Freund und Kollegen, dem Obmann
**Julius Fischer**
aus Düsseldorf zu seinem am 5. Oktober stattfindenden Wiegenfeste die besten Glückwünsche.
**Seine Kollegen aus Hilden.**
N. K. O. H. H. P.

Unserem lieben Kollegen **Jakob Neundorfer** aus Lorsch und seiner Braut **Lidia Ziebitz** aus Kahla die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer Verehelichung.
**Die Kollegen u. Kolleginnen der Zahlstelle Raschhausen.**

Unserem Freund u. Kollegen **Max Schimmelpfennig** zu seinem am 9. d. Mts. stattfindenden Wiegenfeste unsere herzl. Gratulation.

Unserem Kollegen u. I. Bevollm. **Christian Runkel** zu seinem am 10. Oktober stattfindenden 38. Wiegenfeste die besten Wünsche.
**Koll. Frankenberg.**

Unserer Freundin und Kollegin **Martha Lange** aus Finsterwalde zu ihrem 22. Wiegenfeste die herzlichste Gratulation.
**Die Kolleginnen der Genossenschaftsfabrik Frankenberg.**
H. Thomas. S. Himmerlich. A. Hoheisel. H. Preußner.


## Todes-Anzeigen.

Am 11. September fand auf unaufgeklärte Weise unser Kollege und Mitglied **Karl Rempe** gen. **Ostermeier** aus **Minden i. Westf.** den Tod in den Wellen der Weser.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
**Die Kollegen der Fabrik Weitz in Reesen und die Mitglieder der Zahlstelle Minden.**

Am 12. September starb das Mitglied **Karl Rieger** aus **Schmiedeberg** und am 26. Septbr. das Mitglied **Julius Nickel** aus **Breslau,** beide nach langem, schwerem Krankenlager. Sie waren langjährige Mitglieder des Verbandes und haben stets die Solidarität hochgehalten.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihnen
**Die Mitglieder der Zahlstelle Berlin.**

Am 18. September starb das Mitglied **Rich. Hoppe.**
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
**Die Mitglieder der Zahlstelle Liegnitz.**

## Briefkasten.

Bei Einsendung der Beträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.

**M. H., Großenhain** 30 ₰ — **Koll., Frankenberg** 40 ₰ — **H. Th., Frankenberg** 70 ₰ — **E. P., Grüna** 70 ₰ — **Fl. G., Chemnitz** 70 ₰ — **J. J., Burgsteinfurt** 60 ₰ — **K. G., Bremen** 90 ₰ — **G. S., Drebkau** 60 ₰. — **A. L., Raschhausen** 60 ₰ — **V. F., Dahme** 30 ₰.


Verantwortlicher Redakteur: F. Geyer, Leipzig, Südstraße 73. — Rotationsdruck und Verlag von G. Heinisch in Leipzig.